DEUTSCH PALÄSTINENSISCHE GESELLSCHAFT
الجمعية الألمانية الفلسطينية

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

Über eine Spende würden wir uns sehr freuen!
DPG – IBAN DE90 3706 0590 0000 3392 10

Rundbrief März III 2023

Vorankündigung

Hinweis
Die Zoom-Veranstaltung zur aktuellen Situation in Israel und Palästina findet wie vorgesehen, allerdings mit anderer Besetzung statt. Es ist uns gelungen, hierfür **Dr. Mustafa Bargouthi** als Gast zu gewinnen.

> In den frühen 1990er Jahren war Barghuthi Mitglied der Palästinensischen Delegation in Friedensverhandlungen, 1991 war er Delegierter zur Madrider Konferenz, die auf eine Beendigung des Israelisch-Palästinensischen Konflikts und der ersten Intifada abzielte. Mustafa Barghuthi trat 2005 als Kandidat bei den Wahlen zum Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde an, als es um die Nachfolge Jassir Arafats ging.

Am Freitag, 24.3.2023 wurde Bargouthi am Checkpoint Kalandia an der Weiterfahrt nach Jerusalem zum Freitagsgebet zu Beginn des Fastenmonats Ramadan gehindert.

E I N L A D U N G
Dr. Mustafa Bargouthi
Vorsitzender Palästinensische Nationale Initiative
im Gespräch mit
Nazih Musharbash
auf Englisch
Aktuelles aus Israel und Palästina
Mittwoch, 5.4.2023 – 19:00 Uhr

Das DPG Präsidium lädt Sie zu einem geplanten Zoom-Meeting ein.
Bitte vor Beginn der Veranstaltung beitreten.
Zoom-Meeting beitreten
https://us02web.zoom.us/j/86076387844?pwd=K296R0g5ZTNPUy9ibVBKaENDbE9IQT09

Die Bundesregierung zeigt sich „besorgt"

Angesichts der der verheerenden Entscheidungen der israelischen Regierung - in Bezug auf die Zerstörung der eigenen Demokratie und vor allem wegen ihrer aggressiven menschenverachtenden und völkerrechtswidrigen Politik den PalästinenserInnen gegenüber –bedarf die deutsche Nahostpolitik einer grundsätzlichen Revision.

Israelische faschistische Minister drohen mit einer zweiten NAKBA, verleugnen die Existenz eines palästinensischen Volkes, erklären ganz Palästina, einschließlich Jordanien, Teile von Saudi-Arabien und Syrien als Bestandteil von Groß-Israel.

Selbst für die USA sind diese israelischen Vorgehensweisen unerträglich geworden, so dass sogar erstmalig der israelische Botschafter ins amerikanische Außenministerium einbestellt wird.

Und was macht unsere Bundesregierung?

Sie lobt die „gemeinsamen Werte", die es zwischen Deutschland und Israel nicht mehr gibt.

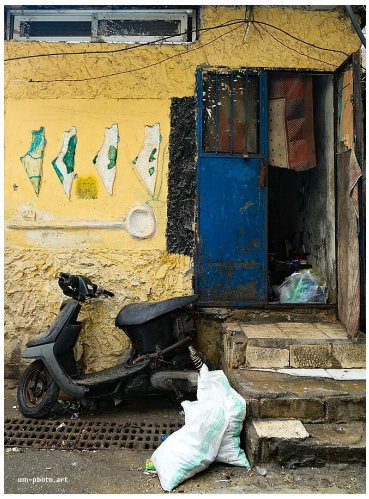
> Anbei ein Beispiel für eine Reaktion des Auswärtigen Amtes, die uns beruhigen soll, jedoch Israels Politik quasi duldet, weil sie ohne Sanktionen und Strafen bleibt [wie bei anderen Staaten gegenüber stets beschlossen werden]

„Anlässlich der Änderungen im sogenannten israelischen Rückzugsgesetz erklärte eine Sprecherin des Auswärtigen Amts heute (22.03.2023):
Israel hat entschieden, den 2005 beschlossenen Rückzug aus vier Siedlungen im nördlichen Westjordanland teilweise aufzuheben. **Die Bundesregierung ist hierüber sehr besorgt.** Das sogenannte Disengagement Law wurde 2005 verabschiedet, um den Rückzug aus dem Gazastreifen und Teilen des Westjordanlandes festzuschreiben. Mit der nun beschlossenen Änderung werden diejenigen Artikel gestrichen, die israelischen Siedlerinnen und Siedlern den Zugang zu vier geräumten Siedlungen (Ganim, Kadim, Sa-Nur und Homesh) untersagt hatten.

Die nun erfolgte Anpassung stellt einen gefährlichen Schritt hin zu möglichen erneuten Siedlungsaktivitäten dar. Dies droht die ohnehin angespannte Sicherheitslage im Westjordanland weiter zu verschärfen. Die Entscheidung steht im Widerspruch zu der Absicht der erst am vergangenen Sonntag erfolgten Einigung zwischen Israel und den Palästinensern, für einen Zeitraum von vier bis sechs Monaten auf unilaterale Schritte zu verzichten. Das Disengagement Law war zudem Teil eines größeren, international verhandelten und garantierten Rückzugs aus dem Gazastreifen und Teilen des Westjordanlandes. Die Einhaltung einmal gemachter Zusagen ist auch eine Frage vertraglicher Verlässlichkeit.

Die Haltung der Bundesregierung zum israelischen Siedlungsbau bleibt unverändert. Diese [*Siedlungen*] sind völkerrechtlich illegal und gefährden zukünftige einvernehmliche Verhandlungen für einen Frieden und ein Leben in Sicherheit und Würde sowohl von Israelis wie Palästinensern in der Region".

Fotohomepage



Unser Präsidiumsmitglied **Ursula Mindermann** hat nach einigen Aufenthalten im Flüchtlingslager *Shatila* in Beirut/Libanon Bilder auf ihrer Homepage eingestellt.

Sie geben einen Eindruck vom Leben in dem 1949 gegründeten Flüchtlingslager wieder:
http://www.um-photo.art/lebanon/shatila/

Falsche Entscheidung des Evangelischen Kirchentages

Unter Missachtung von Protesten und Bitten hat das Präsidium des **Deutschen Evangelischen Kirchentages** auf seiner Sitzung am 10.03.23 seine Entscheidung vom Oktober 2022 bekräftigt:

das Verbot, die Nakba-Ausstellung an dem Stand des Vereins ***Flüchtlingskinder im Libanon* e.V**. auf dem Kirchentag zu zeigen. Hier die Stellungnahme dazu:

Stellungnahme

zur Entscheidung des Kirchentags-Präsidiums, unsere Ausstellung „Die Nakba - Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948" auf dem Kirchentag 2023 in Nürnberg zu verbieten

Das Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages hat am 10.03.2023 folgendermaßen entschieden:
"Das Präsidium des Kirchentags hat im Oktober 2022 nach Beratung durch eine Prüfgruppe entschieden, den Verein Flüchtlingskinder im Libanon e.V. zum Markt der Möglichkeiten zuzulassen, hingegen die Ausstellung zur NAKBA nicht zu zeigen. Diese Entscheidung bleibt bestehen. Denn die Ausstellung, die in früheren Jahren gezeigt wurde, ist in ihrer Einseitigkeit seit Jahren überarbeitungsbedürftig, und sie ist diese Überarbeitung bisher schuldig geblieben. Die Ausstellung in dieser Form schließt die Diskussion mehr, als dass sie sie öffnet. Wir wollen aber das strittige Thema aufgreifen und ihm auf dem Kirchentag in Nürnberg durch eine eigene Veranstaltung Raum geben."

Wir protestieren aus folgenden Gründen gegen das Verbot der Ausstellung:

1. **Die Nakba-Ausstellung ist weder einseitig noch überarbeitungsbedürftig**

- Nicht ein einziges Mal hat der Kirchentag in 13 Jahren und trotz fünfmaligen Zeigens der Nakba-Ausstellung die Forderung nach einer Überarbeitung erhoben.
- Auch jetzt bleibt das Präsidium jeglichen Beleg für ihre angebliche „Einseitigkeit" schuldig.
- Die Ausstellung wählt keine "einseitige", keine durch Faktenverdrehungen oder Auslassungen verfälschende Perspektive. Sie richtet ihren Fokus vielmehr auf einen in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannten Aspekt des Nahostkonflikts, nämlich die Flucht und Vertreibung der PalästinenserInnen 1948. Deshalb heißt die Ausstellung auch nicht „Die Geschichte der Staatsgründung Israels 1948", sondern „Die Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948".
- Die legitime Fokussierung der Ausstellung wird klar kommuniziert (siehe Vorwort im Ausstellungskatalog, S. 3). Es ist die Aufgabe unseres Vereins, fehlendes Wissen über die Geschichte und die Anliegen der palästinensischen Flüchtlinge zu vermitteln und dadurch Verständnis und Empathie für deren Situation zu wecken. Nur so können wir unsere Hilfsprojekte für die palästinensischen Flüchtlingskinder im Libanon realisieren.
- Einige wenige geringfügige Korrekturen und Präzisierungen, die in der Vergangenheit angeregt wurden, haben wir vorgenommen.
- Die finanzielle Förderung der Ausstellung durch den Evangelischen Entwicklungsdienst und die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg unterstreicht die Berechtigung des Projekts. Auch das Kultusministerium Baden-Württemberg hat 2013 schriftlich erklärt: *"Die Ausstellung und das Begleitheft zur Flucht und Vertreibung der Palästinenser stellen gerade auch im Sinne des Beutelsbacher Konsens zur politischen Bildung einen Beitrag dar, die unterschiedlichen Positionen zum Nahostkonflikt zu illustrieren und der Öffentlichkeit ins Bewusstsein zu rufen."*

Anschrift :: Flüchtlingskinder im Libanon e.V. :: Birnenweg 2 :: 72793 Pfullingen :: Tel +49 7121 78556
Fax +49 7121 480113 :: www.lib-hilfe.de :: info@lib-hilfe.de
Spendenkonto :: Flüchtlingskinder im Libanon e.V. :: Volksbank Reutlingen :: Kto. 6 337 007 :: BLZ 640 901 00
IBAN DE02 6409 0100 0006 3370 07 :: BIC VBRTDE6R

2. **Die Nakba-Ausstellung schließt keine Diskussionsräume**

- Diese Erfahrung haben wir jedenfalls mit unserer Ausstellung gemacht. So betonen die meisten AusstellungsbesucherInnen, dass sie dankbar sind, durch die Ausstellung Dinge erfahren zu haben, von denen sie vorher nichts oder kaum etwas wussten und dass ihr Verständnis vom Nahostkonflikt erweitert worden ist.
- Eine zunehmende Schließung der Diskussionsräume in den letzten Jahren ist allerdings unverkennbar. So geriet die Nakba-Ausstellung seit 2010 zunehmend ins Visier unterschiedlicher Einzelpersonen und Gruppen (z.B. von Antisemitismus-Beauftragten, von Deutsch-israelischen Gesellschaften, christlich-jüdischen Dialoggruppen, VertreterInnen politischer Parteien, der Gewerkschaften, der israelischen Regierung und von Teilen des organisierten Judentums), die offensichtlich verhindern wollen, dass unerwünschte Fakten zur Geschichte und Politik des israelischen Staates das Licht der Öffentlichkeit erblicken.
- Die Bandbreite der Angriffe reicht vom Vorwurf der Einseitigkeit im Antisemitismus-Bericht[1] des Landes Baden-Württemberg von 2019 über die Verleumdung, die Ausstellung ziele darauf, „Israels Entstehungsgeschichte - und damit Israel – grundsätzlich zu dämonisieren und delegitimieren"[2], bis hin zu Hassparolen wie "Hinter dem Ruf nach Frieden verschanzen sich die Mörder"[3].
- Mehr oder weniger offen wird damit die Ausstellung unter Antisemitismus-Verdacht gestellt und das Ansehen unseres Vereins erheblich beschädigt. Derart unhaltbare und diffamierende Vorwürfe weisen wir entschieden zurück (s. „Unsere Werte"[4]).
- Keine/r der KritikerInnen konnte jemals auch nur einen einzigen antisemitischen Satz aus der Ausstellung zitieren. Selbst der Verfasser des Antisemitismus-Berichts, Michael Blume, wertet die Ausstellung als „nicht antisemitisch"[5].
- 2013 und erneut 2017 wies die damalige Generalsekretärin des DEKT Ellen Überschär Forderungen nach einem Verbot der Ausstellung entschieden zurück und schrieb uns 2013: *„Das ist das Ziel des Marktes – Dialoge zu ermöglichen. Allein das haben wir geprüft und unser Eindruck war und ist, auch aus den Erfahrungen der Vergangenheit, dass Sie die Bereitschaft zu diesem Dialog haben. Daher gibt es keine Veranlassung, an der Zulassung Ihres Standes etwas zu ändern."*

Anstatt Diskussionsräume zu öffnen, schließt das Präsidium sie für den diesjährigen Kirchentag. Anstatt unhaltbare Verleumdungen wie noch in der Vergangenheit zurückzuweisen, befördert es mit seiner Entscheidung eine die politische Auseinandersetzung vergiftende, die freie Meinungsbildung verhindernde und die Demokratie beschädigende Unkultur. Das widerspricht dem Anliegen des Kirchentages, wie es von der Generalsekretärin Kristin Jahn jetzt formuliert wurde: „Wir verbinden Hoffen und Machen und knicken bei Krisen nicht ein."

18.03.2023

---

[1] 2019, 1. Antisemitismusbericht des Beauftragten der Landesregierung gegen Antisemitismus (Baden-Württemberg) Dr. Michael Blume, Kapitel V.7, unter der Überschrift „Israelfeindlichen Antisemitismus stoppen"

[2] AmEchad, 09.12.2013, München

[3] Demo-Plakat, 07.6.2012 (Antifaschistische Gruppe Braunschweig)

[4] Siehe unsere Homepage https://www.lib-hilfe.de/ueberuns_werte.html

[5] Reutlinger Generalanzeiger, 30.01.2020

Anschrift :: Flüchtlingskinder im Libanon e.V. :: Birnenweg 2 :: 72793 Pfullingen
Tel +49 7121 78556 :: www.lib-hilfe.de :: info@lib-hilfe.de
Spendenkonto :: Flüchtlingskinder im Libanon e.V. :: IBAN DE83 6039 0000 0710 6950 04
BIC GENODES1BBV :: Vereinigte Volksbanken eG

Hilfreiche Literatur im AphorismA-Verlag

Gerne empfehlen wir Ihnen Veröffentlichungen und Schriften im *AphorismA Verlag* zum besseren Verständnis und zur Vermittlung von Zusammenhängen um das Palästina-Problem. http://blog.aphorisma.eu/israel-palaestina

israel & palästina

Vierteljahreszeitschrift für Dialog

diAk

Hg: diAk e.V. ■ Israel | Palästina | Deutschland – ***zusammen denken***

Heft I | 2016; **Zur Zukunft von Jerusalems ‚Holy Basin'** ▪ Heft II | 2016: **Givat Haviva** ▪ Heft III | 2016: **Parents Circle | Combatants for Peace** ▪ Heft IV | 2016: **Combatants for Peace – Ein Kalender** ▪ Heft I | 2017: **Fotografie in Israel und Palästina** ▪ Heft II | 2017: **Neve Shalom / Wahat as-Salam** ▪ Heft III | 2017 (2018): **Narrative** ▪ Heft IV | 2017 (2018): **Visuelle Korrespondenz – Ein Kalender** ▪ Heft I-II | 2018: **Jerusalem im Plural** ▪ Heft III | 2018 (2019): **Menschenrechte – Glaubensfreiheit** ▪ Heft IV | 2018: Ein-Blicke in die Geschichte – Ein Kalender ▪ Heft I-III | 2019: **Ein schweiriges Dreieck: Deutschland-Israel-Palästina** ▪ Heft IV | 2019: **Dreiklang – Ein Kalender** ▪ Heft I | 2020: **Stimmen** ▪ Heft II-III | 2020: **25 Jahre Dar-al-Kalima** ▪ Heft I | 2021: **Allen Anfeindungen zum Trotz** ▪ Heft II-III | 2021: **Transformation durch Religion** ▪ Heft IV | 2021: **Licht aus Licht – Ein Kalender** ▪ Heft I | 2022: **Aus Überzeugung Da-Sein** ▪ Heft II | 2022: **Andere Stimmen** ▪ Heft III | 2022: **29. November 1947 – 75 Jahre danach** ▪ Heft IV | 2022: **Essen verbindet – Ein Kalender** ▪ Heft I | 2023: **Siedlungspolitik in der Jerusalemer Altstadt.**

Erscheint im AphorismA Verlag

je Heft ca. 80 S. | Einzelheft 10,00 € | Jahresabo: 32,00 € plus VK